

An die Ministerin
für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut
Schlossplatz 4
Neues Schloss
70173 Stuttgart

Stuttgart, den 4.5.2017

Sehr geehrte Frau Ministerin,

in der Ausgabe der Stuttgarter Zeitung vom 27.4.2017 werden Sie mit den Worten zitiert:
„Das Bashing von Dieselaautos muss endlich aufhören.“

Das Umweltbundesamt (UBA) stellt in seiner Pressemitteilung vom 25.4.2017 stellt fest:

„Diesel-PKW überschreiten die Euro-Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO_x) auf der Straße noch deutlich stärker als bislang angenommen. Ging man für das Jahr 2016 bislang von 575 mg NO_x/km aus, liegt nun die Diesel-Pkw-Flotte in Deutschland bei durchschnittlich 767 mg NO_x/km.“

UBA-Präsidentin Maria Krautzberger: „Unsere neuen Daten zeichnen ein deutlich realistischeres und leider noch unerfreulicheres Bild der Stickoxidbelastung durch Diesel-Pkw in Deutschland. Wir brauchen mehr denn je eine schnelle Entlastung der vielen hunderttausend Menschen, die in den Innenstädten unter den Folgen der viel zu hohen Dieselabgase leiden.“

Ist diese Aussage der Präsidentin Krautzberger Diesel-Bashing oder ist es vorsorgliche Politik mit dem Ziel, die Bevölkerung vor bedrohlicher Gesundheitsgefährdung zu schützen?

Wenn man nach diesen Untersuchungen feststellt, dass Dieselfahrzeuge den Grenzwert um mehr als 9-fache überschreiten, ist das dann Ihrer Meinung nach „Bashing von Dieselaautos“? Wenn man weiter feststellt, dass mit diesen erhöhten Dieselabgasen die Bevölkerung vergiftet wird, ist das auch Diesel-Bashing oder ist es eine Feststellung von Tatsachen?

In Oslo hat die Stadtverwaltung am 16.1.2017 ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge erlassen.

Begründung: "Jedes Jahr sterben in unser Stadt rechnerisch 183 Bürger an den Folgen der Luftverschmutzung", sagt Marion Godager Tvetter, Gemeinderätin in Oslo. "Unsere oberste Priorität ist die Gesundheit der Menschen, danach kommen die Interessen der Autofahrer."

Wie sehen Ihre Prioritäten aus?

Als erste deutsche Großstadt spricht Hamburg Fahrverbote aus und sperrt zwei Hauptverkehrsadern für Diesel-Autos (Spiegel, 2.5.2017) mit der Begründung:

"Der [Dieselskandal](#) und die teilweise grotesk hohen Abweichungen zwischen Labor- und Straßenmesswert bei Dieselaautos waren 2012 noch kein Thema..." Würden alle Autos die gesetzlichen Zulassungswerte auch auf der Straße einhalten, hätten wir schon heute nur noch an sehr wenigen Stellen in Hamburg ein Grenzwert-Problem." Wäre es nicht Aufgabe der Wirtschaftsministerin, diese Praktiken der Autoindustrie sofort zu stoppen und sie zur Rücknahme dieser Autos bzw. zur Nachbesserung der Abgasregelung zu verpflichten?

Bei Ihrem Amtsantritt haben Sie den Amtseid geschworen:

"Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Wenn seit 2005 die Grenzwerte überschritten werden, ist das nicht ein jahrelanger Rechtsbruch, bei dem Sie als Ministerin einschreiten müssen?

Wenn Sie nach den eindeutigen Messergebnissen des UBA nicht tätig werden und von der Autoindustrie nicht fordern, dass sie Autos, die die Grenzwerte um mehr als das 9-fache überschreiten, nicht zurückruft und eine ordnungsgemäße Abgasreinigung einbaut, machen Sie sich dann nicht einer Verletzung Ihres Amtseides schuldig?

"Stickstoffdioxid reizt die Atemwege, langfristig beeinträchtigt es die Lungenfunktion und führt zu chronischen Herz-Kreislauf-Erkrankungen und vorzeitigen Todesfällen. Es ist besonders für empfindliche Bevölkerungsgruppen wie Kinder gefährlich.“ Wie antworten Sie auf diese Ausführungen der Präsidentin des Umweltbundesamt Maria Krautzberger? Ist der Ausstoß von giftigen Emissionen nicht ein Verstoß gegen das Grundgesetz § 2,2 das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit

Noch eine weitere rechtliche Frage:

Wir möchten das am Beispiel des Gammelfleischskandals von 2005 in Gelsenkirchen verdeutlichen: Ein Fleischhändler hat falsch etikettiertes Gammelfleisch zum Verkauf gebracht - ein Etikettenschwindel. Der Fleischhändler wurde wegen gewerbsmäßigen Betrugs und Verstoß gegen das Lebensmittelrecht aufgrund von nachgewiesenem in Umlaufbringen von rund 400 Tonnen Gammelfleisch zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Ist es nicht auch Etikettenschwindel, wenn die Automobilindustrie Autos verkauft, die angeblich Euro VI sind, in Wahrheit aber Emissionswerte von Autos mit Euro V und Euro IV haben? Ist es nicht außerdem ein Rechtsbruch? Der Fleischhändler wurde verurteilt. Gelten im Lebensmittelbereich andere Rechtsgrundsätze als im Automobilbereich? Muss die Automobilindustrie nicht den Wertverlust ausgleichen, wie es in den USA beim VW-Skandal gemacht wird? Sollten nicht alle Autos mit Etikettenschwindel zurückgerufen und so eingestellt werden, dass die Fahrzeuge die Grenzwerte einhalten?

Abschließend eine letzte Frage: Die EU fordert im Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik die Einhaltung der Grenzwerte und sie fordert „rasche, wirksame, zukunftsorientierte Maßnahmen“. Seit zwölf Jahren ist die Politik zur Einhaltung der EU-Grenzwerte nicht in der Lage.

Was die Bevölkerung nicht erfährt: Welche konkreten, wirksamen, sachorientierten Vorschläge machen Sie und Ihr Ministerium zur Lösung der Luftschadstoffproblematik?

Für das KUS (Klima- und Umweltbündnis Stuttgart):

Manfred Niess, Kernerstraße 22 B, 70182 Stuttgart, Tel. 0711 - 297082

E-Mail: MNiess@t-online.de

Für den VCD (Verkehrsclub Deutschland) Kreisverband Stuttgart e.V.:

Christoph Link, Vaihinger Landstraße 50, 70195 Stuttgart Tel. 0711 - 6993756

E-Mail: link.c@gmx.de

Für den BUND (Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland) Regionalverband Stuttgart

Gerhard Pfeifer, Rotebühlstraße 86/1, 70178 Stuttgart, Tel. 0711 - 6197040

E-Mail: gerhard.pfeifer@bund.net